

Senat plant Containerdorf auf Unigelände der FU Berlin

Find out how protests against the establishment of refugee containers on university grounds are sparking debate in Berlin. Discover the impact on the community and the challenges faced by local authorities.

#RefugeeContainerProtests #BerlinUni
#CommunityDebate

In Berlin-Dahlem regt sich Widerstand gegen die geplante Errichtung eines Containerdorfs für 260 Flüchtlinge auf einem brachliegenden Unigelände an der Thielallee 63. Die Freie Universität, die beabsichtigt, dort ein Gebäude für Lehre und Forschung zu errichten, lehnte vorübergehende Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge auf dem Gelände ab. Der Präsident der Universität, Günter Ziegler, beklagte, nicht in die Senatspläne einbezogen worden zu sein und betonte die Bereitschaft der Universität, geflüchtete Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Die Freie Universität wies darauf hin, dass die geplante Fläche ab 2023 dringend für eigene Baumaßnahmen benötigt werde und schlug vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Alternative zu nutzen. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, betont die Möglichkeit, Flüchtlinge auf dem brachliegenden Gelände unterzubringen, solange es ungenutzt bleibt.

Der Senat beschloss Ende März die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern in verschiedenen Bezirken Berlins, um dem Mangel an Wohnungen für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Der

Regierende Bürgermeister Kai Wegner erklärte, dass weitere Standorte in Betracht gezogen werden, da die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Die geplanten Containerdörfer sollen auf Brachflächen, Parkplätzen und anderen freien Arealen entstehen, wobei der Fokus vor allem auf den Ostbezirken liegt.

Der geplante Bau eines Containerdorfs auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf stößt auf Widerstand, insbesondere von einigen Anwohnern und der Freien Universität. Diskussionen im Netz betonen die scheinbare Diskrepanz zwischen der Weltoffenheit der Universität und dem Widerstand gegen die Flüchtlingsunterkunft. Kritiker fordern die temporäre Nutzung des Parkplatzes an der Thielallee 63 für die Unterbringung von Flüchtlingen und kritisieren die vermeintliche Inkonsequenz in der Haltung der Universität zur Flüchtlingsfrage.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de